



Presseschau vom 29.07.2015:

Quellen: Itar-Tass, Interfax, Ria Novosti, sputniknews, rusvesna.su, voicesevas.ru, hinzu kommen Informationen der Seiten *dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a. sowie die offiziellen Seiten der Regierungen der Volksrepubliken *dan-news*, *lug-info*. Wir beziehen manchmal auch ukrainische Medien, z.B. *BigMir*, *UNIAN*, *Ukrinform*, *KorrespondentT* und die Online-Zeitung *Timer* aus Odessa ein.

Zur besseren Unterscheidung der Herkunft der Meldungen sind *Nachrichtenquellen aus den neuen ostukrainischen Volksrepubliken in Rot* (*dnr-online*, *Inr-portal*, *Novorossia*, *dan-news*, *lug-info*, *dnr-news*, *novorosinform* u.a.) und *andere ukrainische Quellen in Blau* (*BigMir*, *Ukrinform*, *UNIAN*, *KorrespondentT* und *Timer*) gekennzeichnet.

Die Übersetzung russischer Medien erfolgt in schwarzer Farbe.

Abends / nachts:

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen beschießen mit Granatwerfern die Außenbezirke von Jasinowataja, bisher ist die Zerstörung eines Wohnhauses bekannt. Dies teilte der Leiter der Bezirksverwaltung Jurij Korsar mit.

„Bei uns gab es gerade einen Beschuss, bisher wissen wir vom einem Treffer in der Gogol-Straße 7, das Dach eines Hauses wurde zerstört“, sagte er.

Nach den Worten Korsars wurde der Inhaber des Hauses nicht verletzt. „Die ganze Nacht ist noch vor uns, der Zivilschutz ist bisher nur zu dieser Adresse gefahren“, sagte der Leiter des Bezirks.

Die örtlichen Behörden sind überzeugt, dass die ukrainischen Soldaten von den Positionen im Bezirk Awdejewka schießen. „Wahrscheinlich war es ein Granatwerfer des Gegners, nach dem Geräusch zu urteilen“, fügte der Gesprächspartner der Agentur hinzu.

Vormittags:

Dan-news.info: Die ukrainischen Truppen haben in der Zeit des bewaffneten Konflikts im Donbass der Donezker Eisenbahn einen Schaden in Höhe von insgesamt einer halben Milliarde Griwna (etwa 25 Mio. Dollar) zugefügt, teilte das Transportministerium der DVR mit. Das Ministerium fügte hinzu, dass in Folge von Beschüssen und Diversion der ukrainischen Streitkräfte Gleise, Bahnhöfe, Lokomotiven, Oberleitungen, Brücken und andere Infrastrukturobjekte beschädigt wurden.

Insgesamt wurden in der Zeit des Konflikts 766 Objekte der Eisenbahn beschädigt, davon sind zum jetzigen Zeitpunkt 400 wieder aufgebaut.

Nach Angaben des Ministeriums sind mehr als 31 Mio. Griwna für den Wiederaufbau ausgegeben worden (etwa 1,5 Mio. Dollar).

Lug-info.com: Die ukrainischen Truppen auf dem okkupierten Teil der LVR betreiben unter Verletzung selbst der ukrainischen Gesetze eine Treibjagd auf Einwohner mit dem Ziel, sie zwangsweise zu mobilisieren. Dies erklärte der Vorsitzende der Jugendorganisation der gesellschaftlichen Bewegung „Mir Luganschtschine“ Sergej Roschkow.

„Auf dem Territorium der LVR, das von den Streitkräften der Ukraine besetzt ist, ist das Verhältnis zur Jugend gelinde gesagt unmenschlich. Jungen Leuten werden Einberufungen zur Armee auf den Straßen, in Geschäften oder bei der Busfahrt an Checkpoints ausgehändigt. Wenn sich einer jungen Mensch aufgrund irgendwelcher Gründe weigert, wird er möglicherweise verprügelt oder festgenommen“, sagte er.

Als Beispiel erzählte Roschkow, wie im Nowoprowskij-Bezirk Streifenpolizisten, die Einberufungsbefehle austeilten, die Pässe der Menschen einzogen, bis sie die Empfangsbestätigung unterschrieben hatten. An den Jagden beteiligen sich auch Kämpfer des berüchtigten Bataillons „Ajdar“. In einer der von ihnen kontrollierten Städte hielten sie unter Androhung von Gewalt über mehrere Stunden hinweg etwa 30 Menschen im Alter zwischen 20 und 40 in einem Bus fest.

„Und dies sind alles zuverlässige und bestätigte Fakten. Und wie viele gibt es noch, über die die verschreckten Menschen schweigen?“, unterstrich der Vorsitzende der Jugendorganisation.

„Das Schrecklichste ist, dass das normal wird. Die Rechtsschutzorgane der Ukraine tun nichts dagegen und haben es anscheinend auch nicht vor“, meint Roschkow.

De.sputniknews.com: Heute stimmt der UN-Sicherheitsrat über den von Malaysia eingebrachten Resolutionsentwurf zur Einrichtung eines Tribunals zum MH17-Absturz im Osten der Ukraine ab, schreibt die „Nowyje Iswestija“ am Mittwoch.

Australiens Außenministerin Julie Bishop sagte einen Tag vor der Abstimmung gegenüber der Zeitung „Sydney Morning Herald“, sie wolle den russischen UN-Beauftragten Vitali Tschurkin überreden, auf das Veto gegen die Resolution zu verzichten. Tschurkin kündigte derweil an, auf das Vetorecht zurückzugreifen, wenn neun Mitglieder des UN-Sicherheitsrats für die Resolution stimmen (die notwendige Zahl für die Verabschiedung der Resolution).

Zudem teilte er der Nachrichtenagentur TASS mit, dass Russland Malaysia zur Rücknahme des Resolutionsentwurfs bewegen will.

Moskau hält die Einrichtung eines Tribunals für verfrüht, solange die Ermittlungen zum Flugzugabsturz noch nicht beendet sind. Es diene als politisches Druckmittel statt der Wahrheitsfindung, heißt es aus Moskau. Russland hatte einen Resolutionsentwurf eingereicht, in dem eine transparentere Untersuchung des Geschehenen durch die Niederlande gefordert wird.

Die Sprecherin des ukrainischen Außenministeriums, Marjana Beza, warnte Russland davor, auf sein Vetorecht zurückzugreifen, und drohte mit einem Plan „B“. Um welchen Plan es sich dabei handelt, sagte sie nicht. Ein Teil dieses Plans ist wohl die Reise des ukrainischen

Außenministers Pawel Klimkin in die USA. Die USA haben bislang keine eindeutige Stellung zur Einrichtung eines UN-Tribunals bezogen. China unterstützt de facto die russische Position.

Laut dem Leiter des Instituts für strategische Einschätzungen, Alexander Konowalow, geht es bei dem Streit um das UN-Tribunal nicht nur um das Ansehen, sondern auch um konkrete Entschädigungen, wenn ein Land für den Absturz der malaysischen Boeing schuldig gesprochen werden sollte. „Sollten wir verantwortlich gemacht werden, drohen uns enorme Geldsummen“, so der Experte. Im Westen werde ein Menschenleben sehr hoch geschätzt. Bei der Katastrophe starben fast 300 Menschen. Es werde Klagen geben, bei denen es im Einzelfall um etliche Millionen US-Dollar gehen wird, so der Experte.

Lug-info.com: Die ukrainischen Truppen haben in den letzten 24 Stunden achtmal das Regime der Feueinstellung verletzt, teilte die Volksmiliz der LVR mit. Wie zuvor verwenden die Kiewer Truppen Artillerie eines Kalibers über 100mm, die durch die Minsker Vereinbarung verboten ist. Aus Richtung Stschastje wurden Weselaja Gora und Obosnoje beschossen, aus Richtung Trjochisbjonki wurde Krasnyj Liman und aus Richtung Nowotoschkowka wurde mit 120mm-Granatwerfern Donezkij beschossen. Hier wurde auch ein Wohnhaus zerstört. Aus Richtung Popasnaja wurde mit 82 und 120mm Granatwerfern und Schusswaffen Perwomajsk beschossen. Aus Richtung Krimskoe wurde Schelobok beschossen. Verluste unter der Zivilbevölkerung und den Soldaten der Volksmiliz gibt es nicht.

De.sputniknews.com: Die Fusion von radikal gestimmten Gruppierungen mit der transnationalen organisierten Kriminalität stellt zurzeit eine besondere Gefahr dar, wie Russlands Präsident Wladimir Putin in einem Begrüßungsschreiben an die Teilnehmer der 14. Beratung der Leiter der Geheimdienste und Sicherheitsorgane fremder Staaten äußerte. „Wachsende terroristische Aktivitäten und die Zusammenlegung von radikal gestimmten Gruppierungen mit der transnationalen organisierten Kriminalität sind zurzeit besonders gefährlich“, so Putin.

Äußerste Besorgtheit rufe die Situation im Nahen Osten und in Nordafrika hervor. Terroristen versuchten, diese Region als Aufmarschbasis zu nutzen, rekrutierten neue Kämpfer und bildeten sie aus, um sie später zur Destabilisierung der Lage in anderen Staaten einzusetzen.

Nur durch eine konsequente und systemhafte Arbeit und durch gemeinsame, gut abgestimmte Anstrengungen – auf dauerhafter Grundlage des Völkerrechtes – könnten im Kampf gegen diese Gefahr bedeutsame Ergebnisse erzielt werden.

Putin brachte in dem Begrüßungsschreiben seine Überzeugung zum Ausdruck, dass inhaltsreiche und konstruktive Diskussionen im Laufe der Beratung einen beträchtlichen Beitrag zur Festigung der Partnerschaft zwischen den Geheimdiensten und Sicherheitsorganen der Teilnehmerstaaten liefern können.

An dem vom russischen Inlandsgeheimdienst FSB organisierten Treffen nehmen 92 Delegationen aus 64 Ländern der Welt sowie Delegationen der Uno, der SOZ, der GUS und der EU sowie Vertreter der CIA, des FBI, des Nationalen Anti-Terror-Zentrums der USA sowie der Geheimdienste Deutschlands, Frankreichs, Chinas, Indiens, Israels und Saudi-Arabiens teil.

Im Mittelpunkt steht die wachsende Gefahr, die von der Terrorgruppierung Islamischer Staat ausgeht.

Dan-news.info: Das Verteidigungsministerium der DVR hat die Kampffähigkeit der Truppen der Republik im Ergebnis der Übungen unter Teilnahme von Abteilungen verschiedener Art

hoch bewertet. Dies teilte das Ministerium heute mit.

„Das Kommando des Verteidigungsministeriums der DVR hat ein hohes Niveau der Kampffähigkeit der Abteilungen der Armee festgestellt. Die Übungen verliefen erfolgreich.“

Die Übungen wurden am 28. Juli aus Sicherheitsgründen ohne Vorankündigung durchgeführt. Unter anderem nahmen an ihnen Artillerie- und Technischeinheiten, Kommunikationseinheiten, Strahlen-, Chemie- und biologische Verteidigung sowie Luftabwehrabteilungen teil. Außerdem wurden die medizinischen Abteilungen und die Nachschubabteilungen kontrolliert.

Erfolgreich verliefen auch die Übungen zur Kommunikation über Funk, der Übergang auf Ersatzfrequenzen und die Beteiligung der Besatzungen von Militärtechnik. „Es wurden Probleme der Sicherung der Kommunikation und die Organisation nicht abhörbarer Koordination der Truppen in Realzeit unter Verwendung von modernen Koordinationssystemen ausgearbeitet“, unterstrich ein Vertreter des Ministeriums.

Außerdem zeigen die Kämpfer der Milizen gute Kenntnisse bei der Bedienung von Panzern, Luftabwehrgeschützen und Artilleriesystemen, es wurde die medizinische Hilfeleistung und Feldbedingungen geübt.

„Solche Übungen sind notwendig zur Erhöhung der militärischen Fähigkeiten der Soldaten. Sie unterstützen die Erhöhung der Kampffähigkeit der Armee“, fasste das Verteidigungsministerium zusammen.

De.sputniknews.com: Das Tätigkeitsverbot für einige NGO's in Russland wird den Zugang der Russen zu demokratischen Werten nicht beschränken, wie der Kremlsprecher Dmitri Peskow vor Journalisten sagte.

Am 28. Juli hatte die Generalstaatsanwaltschaft Russlands zum ersten Mal eine ausländische Organisation im Hoheitsgebiet des Landes als unerwünscht eingestuft. Es handelt sich um die US-amerikanische Stiftung „National Endowment for Democracy“. „Das Tätigkeitsverbot für eine oder mehrere Organisationen wird für die Russen sicherlich keine Beschränkung des Zugangs zu demokratischen Werten bedeuten“, äußerte Peskow. Laut Peskow sind in Russland zahlreiche gesellschaftliche Nicht-Regierungs- und sonstige Organisationen tätig. Die Einstufung von Organisationen als „unerwünscht“ erfolge entsprechend den russischen Gesetzen.

„All dies entspricht unseren Gesetzen. Es wäre völlig abwegig, davon zu sprechen, dass die Bürger Russlands durch das Tätigkeitsverbot für die eine oder die andere Organisation um etwas gebracht werden“, betonte der Kremlsprecher.

Aufgrund einer Analyse der Tätigkeit der Stiftung „National Endowment for Democracy“ kam die Anwaltschaft zu dem Schluss, dass diese die Verfassungsordnung, Verteidigungsfähigkeit und Sicherheit des Landes gefährde.

Die NGO „National Endowment for Democracy“ habe ihre Haupttätigkeit darauf gerichtet, Wahlen in Russland als unrechtmäßig anzuerkennen, politische Protestkundgebungen gegen Regierungsentscheidungen zu veranstalten sowie den Wehrdienst bei den russischen Streitkräften zu diskreditieren, verlautet aus der Generalstaatsanwaltschaft Russlands.

Nachmittags:

Dan-news.info: Das Oberhaupt der DVR Alexandr Sachartschenko wird eine Entscheidung bezüglich einer möglichen Reise nach Minsk nach dem 3. August treffen. Dies erklärte er

heute gegenüber Journalisten.

„Am 3. August findet ein Treffen statt, auf dem eine Bilanz gezogen wird und danach werden wir entscheiden, ob ich fahre oder nicht“, sagte das Oberhaupt der DVR.

Zuvor, am 21. Juli, wurde bei den Verhandlungen der Kontaktgruppe zu friedlichen Regelung in Minsk ein Text über den Abzug von Panzern, Panzertechnik und Waffen eines Kalibers unter 100 mm von der Kontaktlinie abgestimmt. Der Vertreter der DVR in der Kontaktgruppe Denis Puschilin erklärte im Zusammenhang damit, dass die Unterzeichnung des Dokuments unter Teilnahme der Oberhäupter der DVR und der LVR geplant ist. Das nächste Treffen der Kontaktgruppe ist für den 3. August angesetzt.

De.sputniknews.com: Als bedauernswert bezeichnete Russlands Präsident Wladimir Putin, dass die Staaten, die sich für die Bildung eines Uno-Tribunals zum MH17-Absturz einsetzen, den Kompromissentwurf einer Resolution des UN-Sicherheitsrates zu dieser Tragödie nicht unterstützt haben, heißt es in einer Mitteilung auf der Kreml-Internetseite.

Putin äußerte sein Bedauern am Mittwoch bei einem Telefongespräch mit dem niederländischen Premier Mark Rutte, das auf Anregung der niederländischen Seite stattfand.

„Es wurde das Bedauern zum Ausdruck gebracht, dass dieser Kompromissentwurf von den Staaten, die für die Bildung eines internationalen Tribunals zu der Katastrophe der Malaysia-Airlines-Maschine auftreten, nicht befürwortet wurde“, so die Mitteilung.

Dan-news.info: „Die Lage in der DVR bleibt schwierig. Die ukrainische Seite hat in den letzten 24 Stunden 21 mal die Abteilungen der Streitkräfte der DVR provoziert und das Territorium der Republik beschossen, der Gegner verwendet weiterhin Artillerie“, teilte das Verteidigungsministerium der DVR mit.

Dabei schossen die ukrainischen Truppen 10 Artilleriegeschosse, 10 Panzergeschosse und 41 Granatgeschosse des Kalibers 82 und 120mm auf das Territorium der DVR, außerdem wurden kleinere Granatwerfer und Schusswaffen verwendet.

Besonders intensiv mit Artillerie wurde von den Positionen der ukrainischen Streitkräfte aus Richtung Majorsk die Ortschaft Sajzewo beschossen. Außerdem wurden Donezk (Petrowskij-Bezirk, Abakumow-Bergwerk und das Territorium des Flughafens), Jasinowataja, Gorlowka, Kalinowka, Nikolajewka, Sachanka und Spartak beschossen.

De.sputniknews.com: Die Ukraine hat alle Staaten über die Regeln zur Überquerung der Grenze zur Schwarzmeer-Halbinsel Krim benachrichtigt und versprochen, alle Übertreter dieser Vorschriften zu bestrafen, wie Marjana Beza, Sprecherin des ukrainischen Außenamtes, am Mittwoch mitteilte.

Der Grund für diese Androhung ist der jüngste Besuch französischer Parlamentarier auf der Krim. Außerdem beantragte das Ministerium beim Sicherheitsdienst der Ukraine ein Einreiseverbot für die betreffenden französischen Parlamentarier....

In der vorigen Woche hatte sich eine zehnköpfige Delegation französischer Parlamentarier nach einem Moskau-Besuch auch auf der Krim aufgehalten.

Die Franzosen hatten Jalta, Simferopol und Sewastopol besucht und sich mit örtlichen Beamten und der einheimischen Bevölkerung getroffen.

Das ukrainische Außenministerium bezeichnete die Visite als „Missachtung der staatlichen Souveränität der Ukraine und eine bewusste Verletzung ukrainischer Gesetze“.

Das französische Außenamt hat den Besuch bereits als „Verstoß gegen das Völkerrecht“ eingestuft.

Wie zuvor mitgeteilt worden war, haben eine Gruppe italienischer Parlamentarier der Fünf-Sterne-Bewegung, ein Senator der italienischen Partei Lega Nord und weitere europäische

Politiker vor, ebenfalls die Krim zu besuchen.



<http://cdn1.img.de.sputniknews.com/images/30352/92/303529222.jpg>

Dan-news.info: Mitteilungen des stellvertretenden Kommandeurs der Milizen der DVR Eduard Basurin (Zusammenfassung mehrerer Meldungen)

„Unter Vorspiegelung einer Rotation der Abteilungen der ukrainischen Streitkräfte führt das Kommando der „ATO“ eine Konzentration von Truppen im Bereich von Schirokino durch, wo mit dem Ziel des Verdeckens ihrer Handlungen abschreckender Granatbeschuss auf die OSZE-Beobachter erfolgt.“

Am 27. Juli war eine Patrouille der OSZE-Mission in Schirokino mit Schusswaffen und Granatwerfern beschossen worden, der Leiter der Patrouille wurde verwundet. Das Feuer erfolgte aus einem Abstand von wenigen Dutzend Metern. Dann fand in der Nacht auf den 28. Juli eine Rotation statt: Auf den ukrainischen Positionen in Schirokino wurden die Kämpfer des Strafbataillons „Donbass“ gegen Marineinfanteristen ausgetauscht.

Positionen der Milizen gibt es in Schirokino schon seit längerer Zeit nicht mehr.

„Neben massiven Verlagerungen von leicht gepanzerten Transportfahrzeugen nach Nowokalinowo und Werchnetroizkoje wurde südlich von Kurachowo in Annowka (20 km von der Kontaktlinie) die Stationierung von sechs 152mm-Geschützen 2A56 „Giazint-B“ beobachtet.“

Abends:

De.sputniknews.com: Kiew erklärt sich nach Angaben von Präsident Petro Poroschenko bereit, über Besonderheiten der örtlichen Selbstverwaltung im Konfliktgebiet Donbass erst nach der Wiederherstellung der Kontrolle über die ukrainisch-russische Grenze zu verhandeln.

„Wenn wir die Souveränität über die Grenze wieder erlangen, wenn die Truppen (vom Territorium des Donbass) abgezogen werden, dann könnten wir über Besonderheiten der örtlichen Selbstverwaltung sprechen... Der Entwurf der Verfassungsänderung sieht keine

Föderalisierung des Landes vor. Bei uns wird es keine Föderalisierung geben. Die Ukraine war, ist und wird auch künftig ein unitärer Staat bleiben“, betonte der Präsident.

Dnr-online.ru: Heute, am 29. Juli, fand in Donezk eine Pressekonferenz des Oberhauptes der DVR Alexandr Sachartschenko statt. Bei der Begrüßung wandte er sich an die Eisenbahner der Republik und gratulierte ihnen zu ihrem Berufsfeiertag.

Von Journalisten wurden Fragen aufgeworfen, die die Friedensverhandlungen in Minsk, die Verletzung der Verpflichtungen bezüglich des Abzugs der militärischen Abteilungen aus Schirokino durch die Ukraine und die Arbeit der OSZE-Mission betreffen: „Die Mitarbeiter der OSZE verstehen sehr gut, dass die Beschüsse von Seiten der ukrainischen Streitkräfte durchgeführt werden“, sagte das Republikoberhaupt.

Im Gespräch mit Journalisten gab Sachartschenko einen Kommentar zu der gegen ihn geführten Informationskampagne ab: „Aus Interesse habe ich mal eine Auswahl von Artikeln aus dem Internet von einem Tag genommen. Nun, an ein und demselben Tag wurde ich in Peski gefangen genommen, wegen Waffenhandel festgenommen und befand mich bei einer Operation: mir wurde der Fuß im Krankenhaus von Kalinin amputiert. Die „Internet-Kämpfer“ schreiben was ihnen passt, aber nicht das, was wahr ist. Für mich ist es bitter und schmerzlich, dass so etwas oft selbst Menschen verbreiten, mit denen ich mich verständigen könnte. Aber das ist ihre Entscheidung. Ich verstehe, warum dies geschieht und kann sagen, dass sie mir menschlich einfach leid tun. Ich sitze vor Ihnen, mich hat niemand festgenommen, ich wurde nicht gestürzt, bewaffnete Umstürze sind auch nicht erfolgt“.

Das Republikoberhaupt sagte auch, dass am 30. Juli eine Versammlung stattfinden wird, auf der die Beamten den Stand der Vorbereitung der Bildungseinrichtungen für das neue Schuljahr darlegen werden: „Dank der Hilfe der RF bei der Versorgung mit Unterrichtsmaterial sind wir zu 70% mit Schulbüchern versorgt. Eine gewisse Reserve an Unterrichtsliteratur ist noch vom letzten Jahr geblieben. Also wird es Schulbücher geben, aber wir haben Probleme mit der Ausrüstung der Schulen, diese Fragen werden wir morgen lösen. Aber unsere Schulen sind derzeit zu 93% zur Aufnahme der Schüler bereit.“

Trotz der Minsker Vereinbarungen wenden die ukrainischen Truppen gegen friedliche Städte der DVR schwere Waffen an. Sachartschenko unterstrich, dass die Beschüsse weitergehen, trotz der Erklärung Poroschenkos über eine friedliche Koexistenz: „Die Ukraine zieht keine Technik ab, sondern im Gegenteil rüstet sie ihrer Abteilungen mit schwerer Artillerie aus. Sie wollen uns provozieren, das Feuer zu erwidern und aktive Kämpfe zu führen, um uns der Verletzung der Minsker Vereinbarungen zu beschuldigen. Ich kann Petr Alexejewitsch sagen: „Das werdet ihr nicht erreichen!““.

Auf die Frage von Journalisten über den variablen Kurs des Rubels gegenüber der Griwna, sagte das Republikoberhaupt folgendes: „Derzeit ist die Revision der Kaufkraft der Währungen durchgeführt worden. Bei Zahlungen für Waren und Dienstleistungen wird zu 80% der Rubel verwendet, die Griwna entsprechend zu 20%. Die Zentrale Republikanische Bank hat die Anweisung erhalten, normative Akte für den Übergang zu einem variablen Kurs der Griwna gegenüber dem Rubel vorzubereiten. Das heißt, dass die Griwna außer Gebrauch kommt, aber wir müssen zu einem realen Rubelkurs übergehen. Der Prozess beginnt bald, wir verlassen den festen Kurs“.

Alexandr Sachartschenko kommentierte zum Abschluss der Pressekonferenz die Situation mit dem Treibstoff in der Republik. „Vor uns stand die Aufgabe Treibstoff auf den Markt zu bringen. Und das ist uns gelungen, die Schlangen wurden beseitigt. Weiter planen wir die Kosten für Treibstoff zu begrenzen. Es wird eine feste Prozentzahl für den Aufschlag im Großhandel eingeführt, was es erlaubt, die Preise für den Einzelhandel zu senken. Es laufen Verhandlungen mit den verarbeitenden Fabriken über direkte Lieferungen“, erklärte das Republikoberhaupt.

De.sputniknews.com: Lettland hat offizielle Verhandlungen mit den USA über die Stationierung von schwerem Kriegsgerät auf einer Militärbasis in Adazi aufgenommen, wie der Pressedienst des lettischen Verteidigungsministeriums bekannt gibt. Es wird allerdings nicht mitgeteilt, welche Kampftechnik und in welcher Menge nach Lettland geschickt werden soll.

Laut lettischen Medienberichten werden die US-Waffen voraussichtlich noch vor Jahreswechsel in Lettland eintreffen.

Lettland ist seit 2004 Mitglied der Nato. Derzeit halten sich 159 amerikanische Fallschirmjäger auf der Rotationsgrundlage in diesem Land auf.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30353/35/303533543.jpg>

Lug-info.com: Die Situation im Bezirk von Staniza Luganskaja wird mit jedem Tag angespannter, die ukrainischen Streitkräfte nutzen skrupellos ihre Überlegenheit, die sie wegen des einseitigen Abzugs von Waffen haben, und beschießen täglich die Verteidigungspositionen der LVR. Dies teilte heute der Offizier des Bataillons der territorialen Verteidigung mit, das die Positionen im Bezirk von Staniza Luganskaja hält.

„Unser größtes Problem besteht aus zwei Dingen. Erstens ist beim Gegner ein kompetenter Artillerieoffizier aufgetaucht, der in der Lage ist, aus den ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln von Artillerie, Panzertechnik und schwerer Panzergrenadierbewaffnung ein effektives Ensemble zu schaffen, das buchstäblich nach einem Stundenplan auf unsere Verteidigungspositionen schießt“, erzählte der Offizier.

„Um nicht lange nach Beispielen zu suchen: vor einigen Tagen betrug unsere Verluste an einem Tag zwei Tote und acht Verletzte“, sagte er.

„Wir können als Antwort nichts tun. Man beschießt uns nach einem Stundenplan und wir beißen nur die Zähne in den Schützengräben zusammen. Alles, was wir hatten, wurde nach „Minsk“ in das Hinterland gezogen. Der Gegner weiß das, deswegen bringt er ruhig die Artillerie auf einen Abstand von 8 km und beschießt unsere Verteidigungspositionen wie auf dem Übungsfeld“, erzählte der Offizier.

„Wir verstehen sehr gut, dass es so nötig ist, dass es „Minsk“ ist, dass dies diplomatische Arbeit ist, aber es ist schmerzhaft bis zu Tränen – was mache ich mit diesem Sturmgeschütz? Mit einem kleineren Granatwerfer schießt man nicht 8km weiter. Weiter setzen sie Panzertechnik unmittelbar nach Staniza, zwischen die Häuser. Das heißt, skrupellos nutzen sie die entstandenen diplomatischen Situationen“, fügte er hinzu.

„Aber selbst bei einem solchen künstlichen Vorteil, außer von Weitem auf unsere Positionen zu schießen können sie nichts tun. Unsere Verteidigung ist für sie unüberwindlich, und sie wissen das. Daher kommt diese feige Taktik“, sagte der Offizier.

De.sputniknews.com: Parlamentarier aus Ländern Südeuropas werden dem Beispiel einer französischen Abgeordnetengruppe möglicherweise folgen und die Halbinsel Krim besuchen. „Wir verhandeln jetzt mit Abgeordneten einiger EU-Länder über einen solchen Besuch“, sagte der Vizechef des Auswärtigen Ausschusses des russischen Föderationsrates, Andrej Klimow, am Mittwoch.

„Wir möchten unseren Kollegen zeigen, was sich real auf der Halbinsel tut. Dahin gehende Gespräche werden unter anderem mit Kollegen in Italien und anderen südeuropäischen Ländern sowie in Deutschland geführt. Ausgenommen sind solche antirussisch gesinnte Länder wie Polen und die baltischen Republiken.“

Klimow teilte ferner mit, dass die Möglichkeit eines Krim-Besuchs auch bei bilateralen Kontakten am Rande der nächsten Tagung der Parlamentarischen Versammlung der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa (OSZE) Mitte September in der Mongolei erörtert wird. „Menschen wollen mit eigenen Augen sehen, was auf der Krim passiert. Europäische Geschäftsleute bekunden bei Treffen mit uns den Wunsch, diesen ‚Sanktionstunnel‘ so schnell wie nur möglich zu verlassen“, sagte Klimow.



<http://cdn2.img.de.sputniknews.com/images/30353/58/303535809.jpg>

Ukrinform.ua: Das Gerichtsverfahren gegen Nelly Schtepa: ein Zeuge der Anklage zog seine Aussage zurück

Im Chervonozavodskiy-Amtsgericht von Charkow im Verfahren gegen die Ex-Bürgermeisterin von Slawjansk Nelly Schtepa zog ein Zeuge der Anklage seine bisher gemachten Aussagen zurück. Dies erfuhr unser Ukrinform-Korrespondent vom Gericht. "Die Richter befragten den vorletzten der zehn Zeugen der Anklage, der plötzlich sagte, dass ihm nicht bekannt sei, dass Schtepa die Föderalisierung gefordert oder anti-ukrainische Losungen verkündet hatte“, wurde vom Gericht festgestellt.

Außerdem wurde bekannt, dass der letzte Zeuge nicht befragt werden konnte, weil er seinen Pass vergessen hatte, seine Befragung wird in der nächsten Sitzung am 25. August durchgeführt.

Nach Angaben der Staatsanwältin Elena Kravchenko, werden damit aber die Beweise nicht widerlegt: "Auch andere Zeugen wurden befragt, wir haben noch andere Materialien zu den kriminellen Machenschaften, deren Untersuchung vom Gericht noch vorgenommen wird, nach der Befragung der Zeugen der Verteidigung".

Gleichzeitig hält Schtepas Anwalt Vyacheslav Deynichenko die heutige Gerichtsverhandlung für das Scheitern der Staatsanwaltschaft...

Wir erinnern, dass die ehemalige Bürgermeisterin von Slawjansk am 11. Juli 2014 wegen

des Verdachts der Verletzung der territorialen Integrität und der Unverletzlichkeit der Ukraine, die zum Verlust von Menschenleben und die Gründung einer terroristischen Vereinigung führten, festgenommen worden war.

Bei der Verhandlung erklärte Schtepa, dass sie nur unter der Bedrohung ihres Lebens durch die Terroristen Putin zum Einmarsch nach Slawjansk aufgefordert hatte, dass sie in der Gefangenschaft der Terroristen geschlagen wurde und dass sie die Interviews mit russischen Medien nur „unter Waffengewalt“ gegeben habe. Ihr droht eine lebenslange Haftstrafe.



http://www.ukrinform.ua/files/news/rus/images/212/618/middle_dc45b5997455e88a38d5ce8078228405.jpg

De.sputniknews.com: Russland wird die Einmischung ausländischer Strukturen in seine inneren Angelegenheiten nicht dulden, erklärte das russische Außenministerium am Mittwoch in einer Stellungnahme zu der vom US-State Department geäußerten „Besorgnis“ über den Zustand der Zivilgesellschaft in Russland.

Kurz davor hatte die russische Justiz zum ersten Mal die US-amerikanische Stiftung National Endowment for Democracy (NED) zu einer unerwünschten Organisation in Russland erklärt. „Russland schätzt und unterstützt die Tätigkeit der Organisationen, die eine von der Gesellschaft gefragte konstruktive Arbeit leistet, darunter auch zur Förderung der Demokratie. Aber wir werden den Mentorton und eine offene Einmischung in unsere inneren Angelegenheiten durch ausländische Strukturen nie dulden“, heißt es in einer in Moskau veröffentlichten Mitteilung.

Allein schon die Tätigkeit dieser Stiftung, die im Interesse der US-Außenpolitik agiere, spreche Bände. Die Analyse ihrer konkreten Projekte führe vor Augen, dass die meisten davon darauf abzielten, die innere Lage in Staaten zu destabilisieren, die versuchten, einen unabhängigen Kurs gemäß den eigenen nationalen Interessen und nicht auf Weisung Washingtons hin zu steuern, betonte das russische Außenamt.